

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote, Susanna Tausendfreund, Dr. Sepp Dürr, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Christine Stahl, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Keine Lobbypolitik auf dem Rücken der Polizei

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Mit ihrer Entscheidung, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern, hat die Bundesregierung und die schwarz-gelbe Bundestagskoalition den gesellschaftlichen Konsens, der mit der bisherigen Zeitplanung zum Ausstieg aus der Atomenergie unter rot-grün gefunden wurde, aufs Größte missachtet. Die Entscheidung am Bundesrat vorbei zu treffen, ist zudem ein verfassungsrechtlich unzulässiger Weg.
2. Die Aufkündigung des Atomkompromisses hat zu erheblichem Unmut in breiten Teilen der Bevölkerung geführt, der u.a. in den Großdemonstrationen in Berlin, Hamburg und München und den massenhaften Protesten anlässlich des jüngsten Castortransports seinen Ausdruck gefunden hat. Diese politische Fehlentscheidung treibt die Bürgerinnen und Bürger zu Recht auf die Straße.
3. Der große politische Fehler, den mühsam errungenen Atomkompromiss aufzukündigen, darf nicht weiter auf dem Rücken der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ausgetragen werden. Politische Auseinandersetzungen müssen politisch gelöst werden und dürfen nicht ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen Frieden gegen den Willen der Bevölkerung durchgedrückt werden. Die Laufzeitverlängerung muss deshalb zurückgenommen werden.
4. Die Proteste anlässlich des Castortransports sind ganz überwiegend friedlich abgelaufen. Dank der Kooperationslinie auch bei Sitzblockaden und anderen Aktionen und dank des besonnenen Verhaltens der allermeisten Demonstrierenden und der Polizeieinsatzkräfte konnten die befürchteten Eskalationen vermieden werden.
5. Angesichts der Gefahren, die von der Atomenergie ausgehen, und der ungelösten und im Grunde unlösbaren Frage der Endlagerung des Atomabfalls, ist es verständlich und nachvollziehbar, dass viele der Demonstrierenden mit friedlichen Sitzblockaden und anderen Aktionen auf ihr Anliegen aufmerksam gemacht haben.
6. Sachbeschädigungen und gewaltsame Übergriffe dürfen nicht dazu herangezogen werden, den gesamten friedlichen Widerstand zu diskreditieren und zu kriminalisieren.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote, Susanna Tausendfreund, Dr. Sepp Dürr, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Christine Stahl, Simone Tolle und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 16/6272

Keine Lobbypolitik auf dem Rücken der Polizei

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Renate Dodell u. a. und Fraktion (CSU),

Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde und Fraktion (FDP)

Ja zur Demokratie, Ja zum Rechtsstaat, Nein zur Gewalt! (Drs. 16/6258)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler,

Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

Ja zur Demokratie, Ja zum Rechtsstaat, Nein zur Gewalt (Drs. 16/6271)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike

Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Lobbypolitik auf dem Rücken der Polizei (Drs. 16/6272)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Kollege Huber.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag geht zurück auf den Transport des Castors und das vergangene Wochenende. Dabei waren mehr als 600 bayerische Polizisten im Einsatz. Sie waren viele Tage damit beschäftigt, den Castor-Transport zu sichern und die Demonstrationen zu ermöglichen. Diese Polizeibeamten sind bespuckt, beleidigt und herabgesetzt worden. Deshalb bezeuge ich zunächst meinen aufrichtigen Dank und großen Respekt vor dieser Leistung unserer Polizei.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Damit das auch im Protokoll verankert ist: Diesen Dank an die Polizei haben die Fraktionen der CSU und der FDP ausgesprochen, die Fraktionen der SPD, der Freien Wähler und der GRÜNEN haben nicht mitgemacht.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Man muss wissen, dass diese Polizisten junge Leute sind, die für den Rechtsstaat arbeiten und die bei geringer Bezahlung oft an vielen Wochenenden eingesetzt werden. Ich meine, der Dienstherr, also auch das Parlament, sollte diese Leistung und Haltung der Polizei anerkennen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Demonstrationen werden in Zusammenhang mit der Laufzeitverlängerung für die Kernkraftwerke gebracht. Von SPD und GRÜNEN in erster Linie hört man, dass die Polizei mehr oder weniger zum Büttel für die Politik gemacht werde.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

- Es ist erstaunlich, dass Sie klatschen.

Ich sage dazu: Im demokratischen Rechtsstaat, in der parlamentarischen Demokratie entscheidet das Parlament und nicht die Straße.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Polizei war im Wendland und in Gorleben, um dort in erster Linie die Demonstrationen friedlich zu gestalten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Der Aufruf von Abgeordneten der GRÜNEN und der Linken - die SPD habe ich dabei nicht gesehen -, gewaltfrei zu demonstrieren, vermittelt den unterschweligen Verdacht, die Polizei würde Gewalt anwenden. Nein, meine Damen und Herren, die Polizei war dort, um das Recht auf friedliche Demonstration zu gewährleisten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Vorgänge der letzten Tage wurden vom SPD-Vorsitzenden Gabriel als eine besondere Form, eine neue Qualität des Widerstands dargestellt. Vonseiten der GRÜNEN hörte man, dass das eine Sternstunde der Demokratie war. Ich beziehe das durchaus auf die, die friedlich demonstriert haben. Das waren aber beileibe nicht alle. Wenn 3.000 Leute eine Sitzblockade machen, damit das Tor nicht begangen werden kann, wenn mit Treckern und Lkws die Versorgung der Polizei über Stunden behindert wird, ist das Nötigung und Gewaltanwendung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die vielen Menschen können demonstrieren, sie können ihre Rechte im Bundestag, Bundesrat und beim Bundesverfassungsgericht wahrnehmen, um gegen die Energiepolitik vorzugehen. Eine andere Frage ist, ob sie recht haben. Das sind die Formen des Rechtsstaates und der parlamentarischen Demokratie. Nicht gerechtfertigt ist es, daraus ein Recht auf Widerstand abzuleiten, als ob es darum ginge, einen undemokratischen Hoheitsstaat zu bekämpfen. Wer dies denkt und wer dies sagt, stellt die Dinge auf den Kopf und denkt nicht demokratisch. Der Bundestag und der Bundesrat sind die demokratisch legitimierten Verfassungsorgane, nicht die Straße.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb meine ich, dass es keine neue Qualität des Widerstands und keine Sternstunde der Demokratie ist, wenn eine neue Form praktiziert wird, nämlich das Schottern der Schienen. Man zieht aus den Bahnkörpern die Befestigung und nimmt in Kauf, dass schlimme Unfälle passieren. Wer dies propagiert und unterstützt, meine Damen und Herren, legt die Axt an Gewaltfreiheit und Demonstrationsfreiheit. Das Demonstrationsgrundrecht ist nie mit dem Recht auf Gewalt oder der Legitimation von Gewalt verbunden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe ein paar ganz erstaunliche Zitate gefunden, die die GRÜNEN freuen werden.

Ich zitiere:

Diejenigen, die durch ihre Aktion auf den Gleisen dazu beigetragen haben, dass die Castorbehälter einen Tag später als geplant angekommen sind, haben für sich in Anspruch genommen, sie seien nicht gewalttätig. Es ist aber völlig eindeutig, dass sich diese Menschen rechtswidrig verhalten haben. Das wissen sie auch.

An anderer Stelle vom gleichen Redner:

Nur, weil jemand seinen Hintern auf die Straße setzt, finden wir das nicht richtig.

Das sind zwei Aussagen von Herrn Trittin aus dem Jahr 2001.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Scheinheilige Leute!)

Seinerzeit war er dafür verantwortlich, dass die Castor-Transporte einmal im Jahr durchgeführt werden können und ankommen. Seinerzeit hat er die Blockade von Straßen und Schienen als rechtswidrig bezeichnet.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Dieses Mal hat er im Bundestag und anderswo die Vorgehensweise als willkommenen Protest gegen die Regierung ausgelegt. Das ist nicht nur scheinheilig und doppelzünftig, sondern das erfüllt auch den Tatbestand der Aufforderung zur und Legitimation von Gewalt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb komme ich bei der Betrachtung des Verhaltens der GRÜNEN zu dem Schluss: Sie haben im Zusammenhang mit Gorleben, dem Wendland und den Castor-Transporten ihre grüne Maske fallen lassen. Sie haben kein geordnetes Verhältnis zur Gewalt.

(Lachen der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Sie sind nicht bereit gewesen, einen klaren Trennungsstrich zu Blockierern zu ziehen, zu Leuten, die brandschatzen und die auf diese Art und Weise demokratisch zustande gekommene Entscheidungen behindern wollen. Ich meine, für bürgerliche Wähler sind die GRÜNEN heute nicht mehr akzeptabel, weil sie kein geordnetes Verhältnis zum Rechtsstaat haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aus diesem Grunde haben wir den Antrag gestellt.

Der SPD muss ich zugestehen, dass sie in ihrem Antrag die Gewalttäter verurteilt. Ich möchte Sie aber auf den Wortlaut des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN hinweisen. Dort finden Sie kein einziges Wort der Verurteilung von Gewalt. Wer eine solche Position einnimmt - das muss man den Bürgern klar sagen -, verstößt gegen Rechtsstaat und Demokratie.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Fischer für die FDP. Bitte schön.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag hat eine klare Zielrichtung, nämlich zu differenzieren zwischen der Ausübung von Grundrechten wie freier Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit, die wir als Demokraten nicht nur akzeptieren, sondern die wir ausdrücklich begrüßen, und Exzessen wie Straftaten, die nicht nur vollkommen inakzeptabel sind, sondern die auch den Grundkonsens der Gewaltfreiheit in dieser Republik infrage stellen. Man könnte vielleicht sagen, dass das selbstverständlich sei und man das nicht zu betonen bräuchte. Eigentlich hätte ich das auch gedacht. Aber mit Blick auf die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit möchte ich einige Ergebnisse zusammenfassen. Da fliegen

Molotow-Cocktails, da brennen Polizeifahrzeuge, da werden Beamte angegriffen, und die erschreckende Bilanz ist: 131 verletzte Beamtinnen und Beamte der Polizei.

Vor diesem Hintergrund sagt Herr Gysi im Deutschen Bundestag, er danke den über 50.000 Demonstrierenden, Blockierenden und Protestierenden; ihnen gebühre für ihren Einsatz der Dank dieses Landes. Er hat nicht zwischen friedlichem und gewaltsamem Protest differenziert. Ich sage ausdrücklich: Ich danke niemandem, der Polizeifahrzeuge anzündet und der Beamte verletzt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Frau Künast spricht - das ist bereits erwähnt worden - von einer Sternstunde der Demokratie. Ich sage: Frau Künast, ich habe eine andere Vorstellung von Sternstunden, und vor allem: Ich habe eine andere Vorstellung von Demokratie.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Die Entscheidung, was für Frau Künast Sternstunden sind, überlasse ich ihr gern selber. Aber zu dem, was Demokratie ist, empfehle ich Frau Künast, einen Grundkurs in Sozialkunde zu besuchen.

(Zuruf von der CSU: Sinnlos!)

Dann erfährt sie etwas über die Legitimität, die man durch Wahlen erlangt; sie erfährt etwas über die Akzeptanz von Gerichtsentscheidungen und sie erfährt vor allem einmal, was Gewaltlosigkeit bedeutet.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ausdrücklich sagen: Es hat Demonstranten gegeben, die friedlich ihre Meinung geäußert haben, wie das Wort "demonstrare" - hinweisen - eigentlich besagt. Es hat aber auch Demonstranten gegeben, die ihre Meinung gewaltsam durchsetzen wollten - mit Blockade, mit Verschleiß der

Polizei, durch "Schottern" und durch Gewalt. "Schottern" ist keine neue, phantasievolle Protestform, sondern das ist die Beschädigung des Gleisbetts, um vorsätzlich Entgleisungen zu provozieren. Es ist zu Recht als gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr nach § 315 b StGB strafbar mit einer Mindeststrafe von drei Monaten.

Ich frage Sie: Was hat dieses Schottern mit friedlichem Protest zu tun? Was haben brennende Polizeiautos mit freier Meinungsäußerung zu tun? Was haben verletzte Polizeibeamte mit Versammlungsfreiheit zu tun? - Die Antwort ist einfach, und sie ist kurz, nämlich: gar nichts.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, zu den nachgezogenen Dringlichkeitsanträgen brauche ich eigentlich nicht viel zu sagen. Der Antrag der GRÜNEN beschäftigt sich mit der Aufkündigung des Konsenses bei der Atomkraft. Was war das für ein Konsens? - Es war der Konsens, in der Endlagerfrage nicht zu entscheiden; es war der Konsens, planlos in das Zeitalter der erneuerbaren Energien zu wechseln. Dieser Konsens war in Wahrheit eine Fiktion.

Für den Antrag der SPD gilt genauso wie für den Antrag der GRÜNEN: Er bewegt sich zwischen Bagatellisierung und Verharmlosung von Gewalt und einer Rechtfertigung frei nach dem Motto: Der unheilige Zweck heiligt die Mittel.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Diese Anträge lehnen wir ab, auch wenn der Antrag der SPD in Teilen wortgleich mit dem der Koalitionsfraktionen ist. Inhaltsgleich ist er zum Glück nicht. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der Koalitionsfraktionen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kollege Fischer, herzlichen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Schindler für die SPD. Bitte sehr.

Franz Schindler (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!
Herr Kollege Huber, Ihre Empörung ist doch ein bisschen scheinheilig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ausgerechnet der frühere Generalsekretär einer Partei, deren früherer Vorsitzender, der ehemalige Ministerpräsident Strauß, sich dafür feiern ließ, dass er blockierende Lkw-Fahrer am Brenner besucht hat, ausgerechnet der frühere Generalsekretär einer Partei, deren Mitglieder und Abgeordnete jetzt, wenn es etwa darum geht, dass Milchbauern Molkereien blockieren, ganz vorne mit dabei sind, ausgerechnet ein früherer Generalsekretär so einer Partei redet hier von "der Straße".

(Beifall bei der SPD)

Von der Straße redet er! Da muss ich schon fragen: Wer ist denn auf der Straße? - Das sind doch unsere Wählerinnen und Wähler, auch die Ihren. Sofern es dem entsprechenden politischen Zweck dient, gehen auch Ihre Wähler gelegentlich auf die Straße. Also, reden Sie doch nicht von "der Straße", reden Sie von den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Für den Antrag von CSU und FDP ist typisch, dass er wortreich Selbstverständlichkeiten ausbreitet. Ich muss hier nicht alle paar Wochen bekennen, dass ich zum freiheitlichen Rechtsstaat stehe und nichts von Gewalttaten halte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das wollen Sie aber. Sie verlangen immer wieder Glaubensbekenntnisse wegen irgendwelcher Vorfälle außerhalb Bayerns, mit denen wir nichts zu tun haben. Deswegen mag ich diese Glaubensbekenntnisse allmählich nicht mehr. Sie blenden dabei aus ganz guten Gründen die Ursachen aus, weswegen jetzt vermehrt Leute im Wendland und darüber hinaus, in München, Berlin und woanders, auf die Straße gegangen

sind. Das ist doch nicht aus Lust an der Randalie geschehen, wie Sie das gern bezeichnen, sondern weil die Bundesregierung mit ihrer derzeitigen Mehrheit im Bundestag bewusst, vorsätzlich und ohne Not einen mühsam errungenen gesellschaftlichen Konsens über die künftige Energiepolitik aufgekündigt hat,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

noch dazu in einem Verfahren, das fragwürdig ist: Da sind Geheimgespräche mit den Atomkonzernen geführt worden.

(Erwin Huber (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Die Einzelheiten sind erst bekannt gegeben worden, als es nicht mehr anders gegangen ist. Da ist gemauschelt worden. Außerdem haben Sie die Rechte des Parlaments mit Geschäftsordnungstricks eingeschränkt. Im Augenblick sind Sie dabei, auch noch den Bundesrat auszuhebeln. Da braucht sich doch niemand zu wundern, wenn die Menschen auf die Straße gehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es gibt so etwas wie Legitimation durch ein geordnetes Verfahren. Dazu gibt es sogar eine ganze Theorie; Legitimation wird nicht allein durch ein geordnetes Verfahren hergestellt, aber sie setzt zumindest ein geordnetes Verfahren voraus. Das hat es in diesem Zusammenhang nicht gegeben.

Schwarz-Gelb tut all das nicht aus Not, nicht, weil es nicht anders ginge, sondern diese Koalition tut das, um den Atomkonzernen Milliarden Gewinne zuzuschancen. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich weiß es zwar nicht, aber man darf wohl gespannt sein auf die Rechenschaftsberichte der Parteien, die wir in ein, zwei Jahren lesen werden. Da wird man sehen, in welchen Jahren welche Spenden von wem an CSU und FDP und CDU gegangen

sind. Man darf gespannt sein. Ich fürchte, es wird genauso kommen wie mit den Hoteliers: An den Spendenberichten wird man ablesen können, für wen Sie Politik gemacht haben.

(Abgeordneter Dr. Andreas Fischer (FDP) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Schindler, gestatten Sie eine Zwischenfrage? -

(Abgeordneter Franz Schindler (SPD) schüttelt den Kopf)

Das dachte ich mir. Keine Zwischenfrage.

Franz Schindler (SPD): Die Politik provoziert nachgerade den Protest, und genauso ist es auch gekommen.

Herr Dr. Fischer, Sie haben es zwar angesprochen, dass der Protest überwiegend friedlich war. In Ihrem Dringlichkeitsantrag steht davon aber kein Wort. Darin wird es so dargestellt, als seien Hunderttausende von Chaoten auf der Straße gewesen.

Dieser Protest ist von einem breiten Bündnis getragen worden. Er war außerordentlich bunt und vielfältig, und er war überwiegend friedlich. Deswegen danken wir den Demonstranten, den Zigtausenden, die dort besonnen demonstriert haben. Wir danken auch den Polizeibeamten - selbstverständlich! -, die auf diesen Protest besonnen reagiert haben, wenngleich es für sie immer schwieriger wird, weil ihnen die Politik nicht die entsprechende Ausstattung, nicht die entsprechende Zeit gibt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist nicht zulässig und politisch unanständig, den friedlichen Protest von Zehntausenden von Menschen durch Exzesse Einzelner - dazu sage ich noch etwas - insgesamt zu desavouieren. Der Protest hatte viele Formen, und er war überwiegend friedlich.

Im Übrigen sind Sitzblockaden, sofern sie nur darin bestehen, sich hinzusetzen, nicht automatisch eine Straftat. Das ist mittlerweile wohl geklärt, auch wenn Sie noch einmal das Gegenteil behaupten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es besteht kein Zweifel, dass gewaltsame Übergriffe auf Polizeibeamte nicht zu rechtfertigen sind, zu keinem politischen Zweck, auch nicht zu dem Zweck, Castor-Transporte aufzuhalten, zu keinem politischen Zweck. Gewaltsame Übergriffe auf Polizeibeamte oder auch auf andere haben nichts mit zivilem Ungehorsam zu tun und müssen verfolgt und bestraft werden. Daran besteht überhaupt kein Zweifel, auch wenn es dieser Landtag nicht beschließt. Er muss es gar nicht beschließen, damit diese Folge eintritt.

Schwarz-Gelb hat mit der unnötigen Verlängerung der Laufzeiten einen gesellschaftlichen Konflikt heraufbeschworen und ist bereit oder zumindest geneigt, ihn auf dem Rücken der Polizeibeamten auszutragen. Darüber ist eben schon ausführlich diskutiert worden.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Plan wird nicht aufgehen. Die Laufzeitverlängerung wird nicht kommen - dessen bin ich mir ganz sicher -, weil vorher die Laufzeit dieser Regierung beendet sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Schindler, bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. Wir haben zunächst eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Fischer.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Kollege Schindler, bei Ihren Ausführungen, die sich auf unseren Antrag beziehen, habe ich den Eindruck, dass Sie das Thema verfehlt haben. Unser Antrag beschäftigt sich mit den Folgen gewaltsamen Widerstands. Sie sprechen über die Ursachen des Widerstands. Ich hätte mir die klare Aussage, dass Sie den gewaltsamen Widerstand klar und deutlich verurteilen, die erfreulicherweise

noch gekommen ist, etwas früher gewünscht. Diese Aussage wäre früher angebracht gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Franz Schindler (SPD): Sie müssen ein bisschen geduldiger sein, Herr Dr. Fischer.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Schindler, wir haben noch eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Huber.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege, Sie haben hier behauptet, die Entscheidung des Bundestags über die Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke hänge mit einer Spendentätigkeit zusammen, das werde man dann schon sehen.

(Widerspruch bei der SPD)

- Doch! Es ist gesagt worden, das werde man schon sehen, wenn die Spender geoutet werden. Ich weise den Vorwurf der Käuflichkeit der Republik entschieden zurück.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist eine ganz schlimme Entgleisung und Verunglimpfung einer parlamentarischen Mehrheit.

(Widerspruch bei der SPD)

Die zweite falsche Behauptung ist der angebliche Konsens. Es gab diesen Konsens nicht. Wir haben dem Ausstieg aus der Kernenergie durch Rot-Grün nie zugestimmt. Rot-Grün ist 2005 abgewählt worden.

(Margarete Bause (GRÜNE): Aber die Konzerne haben zugestimmt!)

FDP, CDU und CSU haben vor der Bundestagswahl 2009 in die Wahlprogramme genau hineingeschrieben, dass wir die Laufzeit der Kernkraftwerke verlängern wer-

den. Auch aufgrund dessen ist eine Mehrheit im Deutschen Bundestag gewählt worden, und die ist demokratisch legitimiert.

(Beifall bei der CSU)

Die Leute, die auf die Straße gehen - ob gewalttätig oder friedlich, die gewalttätigen schon gar nicht -, können kein höheres moralisches Recht für sich in Anspruch nehmen als die demokratisch gewählten Organe dieses Staates.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie nehmen ihr Grundrecht in Anspruch!)

- Es geht doch gar nicht um das Grundrecht der Demonstrationen. Das ist völlig unstrittig. Ich sage, wer Gewalt in dieser Form zur Sternstunde der Demokratie hochjubelt, hat den Trennungsstrich zwischen gewaltfrei und gewalttätig nicht gezogen. Darauf kommt es an.

(Beifall bei der CSU)

Die dritte Bemerkung. Sie haben im Jahr 2000 den Ausstieg vollzogen. Sie haben seinerzeit nichts zur Sicherheit der Kernkraftwerke beschlossen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Sie verschlechtern die Standards!)

Sie haben seinerzeit die Konzerne in keiner Weise herangezogen. Die jetzige Verlängerung führt dazu, dass die Konzerne 30 Milliarden an den Staat bzw. zur Förderung regenerativer Energien abführen müssen und dass die Sicherheit von Kernkraftwerken erhöht wird. Alles das, was Sie unter anderem auch bei der Endlagerung versäumt haben, ist Teil unserer Energiepolitik. Sie sollten sich schämen für das, was Sie hier gesagt haben.

(Beifall bei der CSU)

Franz Schindler (SPD): Wie Sie sehen, schäme ich mich nicht. Ich will kurz Folgendes erwidern.

Erstens werden Sie doch wohl nicht ernsthaft behaupten wollen, dass die Sicherheit der Atomkraftwerke ausschließlich davon abhängt, ob die Laufzeit verlängert wird oder nicht. Das werden Sie wohl nicht behaupten wollen.

(Erwin Huber (CSU): Die Vorschriften werden verschärft! Das wissen Sie nicht!)

- Ich weiß sehr wohl, was Sie meinen. So plump, wie Sie es dargestellt haben, ist es aber nicht. Es ist deutlich komplizierter.

Zweitens ist es richtig, dass CSU, FDP und CDU im Jahr 2000 nicht für den Konsens über den geregelten Ausstieg aus der Atomenergie waren. Das ist richtig. Richtig ist aber auch, dass der Konsens mit der Atomwirtschaft und der übergroßen Mehrzahl der Bevölkerung gefunden worden ist. Daran, dass die CSU, die CDU und die FDP nicht dabei waren, kann ich nichts ändern.

Drittens habe ich nicht behauptet, dass CSU, CDU und FDP käuflich sind. Ich habe gesagt, ich bin gespannt darauf, was man feststellen wird, welche Organisationen und welche Konzerne für welche Parteien gespendet haben, wenn man in einigen Jahren die Rechenschaftsberichte der Parteien durchliest. Die werden dann auch gewusst haben, warum sie es tun. Nichts anderes habe ich gesagt. Das ist keine Unterstellung.

(Erwin Huber (CSU): Aber eine Verdächtigung!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tausendfreund. Kollege Pohl kommt auch noch dran.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Der Kollege Pohl kann dann noch wegweisende Schlussworte sagen.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal zu Herrn Huber: In Ihrem Beitrag haben Sie gewaltfreie Demonstrationen und Gewaltausübung völlig durcheinander gebracht. Sie haben es völlig vermischt.

(Erwin Huber (CSU): Ich habe nichts durcheinander gebracht!)

Sie müssen sich schon ein bisschen genauer damit auseinandersetzen. So geht es nicht. Ihr Antrag lenkt vom eigentlichen Thema ab. Einerseits wollen Sie den Widerstand und Unmut in der Bevölkerung in eine gewalttätige Ecke stellen. Das ist das eine Ziel. Sie diskutieren und reden undifferenziert über die Proteste. Zum anderen lenken Sie von den eigentlichen Problemen ab. Das eigentliche Problem ist tatsächlich die Abkehr vom breiten gesellschaftlichen Konsens über den Ausstieg aus der Atomenergie, der gemeinsam mit der Atomwirtschaft erzielt worden ist. Darauf konnten sich damals alle einstellen. Dazu hat Jürgen Trittin als Umweltminister gesagt, er habe zwar kein für ihn besonders gutes Ergebnis erzielt, aber zumindest einen Kompromiss gefunden, sodass es für ihn keinen Anlass mehr gebe, gegen die Castor-Transporte auf die Straße zu gehen. Das möchte ich noch einmal klarstellen.

Jetzt haben sich natürlich alle Fakten geändert. Sie haben den Konsens aufs Größte verletzt. Sie haben in verfassungsrechtlich unzulässiger Weise den Bundesrat übergangen. Das Parlament hatte sich auf den Atomkompromiss verständigt. Jetzt wird alles wieder über den Haufen geworfen. Damit haben Sie diesen erheblichen Unmut in der Bevölkerung ausgelöst. Deshalb gehen die Menschen bei den vielen Großdemonstrationen, die wir jetzt erleben, und bei den ganz überwiegend friedlichen Protesten im Wendland und entlang der Strecke des Castor-Transports zu Recht auf die Straße. Das wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen. Selbst die Polizei sagt, dass diese Proteste zu 99 % friedlich abgelaufen seien und dass Gewalttätigkeiten ein Randaspekt gewesen seien. Sie haben von brennenden Fahrzeugen geredet. Ein einziges Fahrzeug hat gebrannt, das natürlich immer wieder im Fernsehen gezeigt worden ist.

(Erwin Huber (CSU): Eines ist schon zu viel!)

- Natürlich ist eines zu viel. Dagegen muss entsprechend vorgegangen werden. Sie können dieses eine brennende Fahrzeug aber nicht zum Anlass nehmen, den gesamten Widerstand in die gewalttätige Ecke zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle ist es angebracht, den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei zu zitieren. Er kritisiert den Transport als Fanal einer fatalen politischen Irrfahrt. Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Konrad Freiberg, hält es für einen großen politischen Fehler, den mühsam errungenen Atomkonsens aufzukündigen. Die Polizei sei über Jahre personell geschwächt worden. Die intransparente, widersprüchliche und einseitige gönnerhaft erscheinende Politik der Regierung, so sagt er, treibe die Bürgerinnen und Bürger auf die Straße. Das kann ich nur unterstreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern, dass politische Entscheidungen auf der politischen Ebene getroffen und nicht auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten ausgetragen werden. Die Kooperationslinie vor Ort - das möchte ich hier betonen - verdient ein großes Lob. Sie hat sehr dazu beigetragen, dass die Proteste so friedlich abgelaufen sind. Vonseiten der Demonstrierenden und vonseiten der Polizei hat es Agreements gegeben gerade bei den Sitzblockaden. Die Leute durften sich hinsetzen. Danach kam die Polizei zu dem vereinbarten Zeitpunkt mit der Frage: Wollt ihr freiwillig aufstehen? Sollen wir euch wegtragen? In dieser Art und Weise mit der Situation umzugehen, das ist die richtige Deeskalation und Kooperation. Damit kommen wir weiter und nicht, wenn Sie alle Demonstrierenden in eine Gewaltecke stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es hat einen eingespielten Ablauf gegeben. Er hat sehr gut funktioniert. Auch die Sitzblockaden kann ich hier für verständlich und nachvollziehbar erklären. Wenn man die Gefahren der Atomenergie betrachtet und die noch immer nicht gelöste Endlagerfrage, dann ist so eine Sitzblockade, auch wenn man die Agreements im Hintergrund sieht, durchaus ein legitimes Mittel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich hätte kein einziges Atomkraftwerk jemals ans Netz gehen dürfen. Jeder Häuslebauer muss nachweisen, dass die Erschließung und Entsorgung gesichert ist. Erst wenn die Endlagerfrage geklärt gewesen wäre, hätte man überhaupt in diese Richtung gehen dürfen, wenn überhaupt. Das ist nicht geschehen. Jetzt fällt uns dieses Problem auf die Füße, über Jahrtausende, wenn nicht noch für längere Zeiträume, Zeiträume, die von uns nicht überblickbar sind. Das ist verantwortungslose Politik, und der muss man sich entgegenstellen können - natürlich mit friedlichen Mitteln, das ist klar. Genauso wie es Kollege Schindler gesagt hat: Wir haben überhaupt keinen Bedarf, permanent betonen zu müssen, dass wir natürlich Gewalt etc. ablehnen. Das ist eine Selbstverständlichkeit; die muss man nicht immer wiederholen.

Sehr positiv kam für mich diese differenzierte Positionierung der Vertreter der Polizei rüber, die den ganzen Ablauf sehr präzise kommentiert haben, nicht zur Eskalation beigetragen haben, sondern dafür gesorgt haben, dass es soweit gut abgelaufen ist, bis auf diese Randfälle, die von der Polizei auf 1 % beziffert worden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Tausendfreund. Die nächste Wortmeldung für die Staatsregierung: Herr Staatsminister Herrmann. - Nein, wir haben eine Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Tausendfreund, würden Sie bitte noch einmal zum Mikrofon kommen für eine Zwischenbemerkung des Kollegen Ländner.

Manfred Ländner (CSU): Ganz allgemein, nicht nur zu Ihnen, liebe Frau Kollegin: Mir scheint es schon sehr befremdlich, dass hier eine Diskussion, ausgelöst durch einen Dringlichkeitsantrag "Ja zur Demokratie, ... Nein zur Gewalt", insbesondere Nein zur Gewalt gegen Polizeibeamte, dafür ausgenutzt wird, um für oder gegen Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke zu diskutieren.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Ich finde es auch befremdlich im Zusammenhang mit der vorherigen Diskussion zu den Polizeibeamten. Ich stelle eindeutig fest, wenn wir darüber diskutieren, muss wirklich einmal gesagt werden: Was in Gorleben abgegangen ist, hat die Polizeibeamtinnen und die Polizeibeamten bis an die Schmerzgrenze belastet. Eine politische Grundlage kann nie Ursache sein für Gewalt, für das Abschneiden von der Versorgung und für zynische Bemerkungen, wenn Polizeibeamte keine Verpflegung nachgeführt bekommen, Bemerkungen, auch im Fernsehen, die lauten: Das hätte die Polizei anders organisieren sollen. - Das wollte ich hier einmal feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Ländner, ich glaube, Sie haben gerade nicht zugehört oder Sie haben die Problematik nicht verstanden.

(Manfred Ländner (CSU): Eine andere Problematik!)

Herr Ländner, Sie haben diesen geringen Anteil an Gewalt, der natürlich zu verurteilen ist, zum Anlass für Ihren Antrag genommen,

(Erwin Huber (CSU): Das haben Sie bisher aber nicht verurteilt!)

um den gesamten Widerstand gegen die Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke in Misskredit zu bringen. Das ist zynisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist das vornehmste Recht der Bürgerinnen und Bürger, auf die Straße zu gehen und gegen Entscheidungen, die sie für nicht richtig halten, die auch nicht nachhaltig sind, die nachfolgende Generationen gefährden etc. pp. zu demonstrieren. Natürlich muss dann ein Polizeieinsatz koordiniert werden. Das ist auch klar. Die Masse an Leuten haben Sie durch die Aufkündigung des Atomkompromisses auf die Straße gebracht, wie es von der Gewerkschaft der Polizei sehr deutlich gesagt worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. Jetzt erhält Herr Staatsminister Herrmann das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Tagen in der Tat erschreckende Nachrichten anlässlich des Castor-Transports nach Gorleben zur Kenntnis nehmen müssen. Ich meine damit nicht nur die gezielten Versuche, zum Beispiel Bahndämme zu beschädigen, auf denen immerhin radioaktive Gefahrgüter transportiert werden sollten, was gleichermaßen hochgefährlich wie strafbar ist. Ich meine auch die Taten, die die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Einsatz vor Ort betrafen. Gegen sie wurden Signalmunition und Feuerwerkskörper eingesetzt. Gegen Polizeibeamte wurde mit Schlagstöcken, mit Holzlanzen, mit Steinen und Reizstoffen vorgegangen.

(Erwin Huber (CSU): Hört, hört!)

Polizeibeamte wurden durch Blockaden über längere Zeiträume von jeder Versorgung, auch mit Wasser und Lebensmitteln, abgeschnitten. Ich will das ausdrücklich sagen. Demonstranten haben vorsätzlich dafür gesorgt, dass Polizeibeamte nicht versorgt und nicht ernährt werden konnten. Anschließend zu sagen, "Ach, wie schlimm ist es den Polizeibeamten ergangen!", ist in der Tat pure Heuchelei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es wurden Einsatzfahrzeuge angegriffen, es wurde auch versucht, ein Fahrzeug in Brand zu setzen. Scheiben wurden eingeschlagen, Reifen zerstochen. Und wenn Sie von einem speziellen Polizeifahrzeug sprechen, liebe Frau Tausendfreund, dann sollten Sie auch ansprechen, dass es nicht nur um das Fahrzeug ging, sondern dass versucht wurde, ein Fahrzeug in Brand zu setzen, in dem Polizeibeamte saßen. Meine Damen und Herren, das grenzt an Mordversuch. Das will ich ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Und dann wurden reihenweise, tagelang, kilometerlang Straßen in der Umgebung mit sogenannten Krähenfüßen versetzt. Das heißt, es werden Stahlsplitter auf die Fahrbahn gestreut, und es wird in Kauf genommen, dass jedes Fahrzeug - es muss nicht eines von der Polizei sein -, das über diese Straße fährt, nicht nur kaputte Reifen hat, sondern auch jeder Zivilbürger, der zufällig vorbeikommt, auf diese Weise zu Schaden kommen kann.

Nur mithilfe des starken Polizeieinsatzes war es möglich, die Vielzahl dieser versuchten Straftaten zu unterbinden, damit sie sich letztendlich nicht dramatisch ausgewirkt haben.

Ich sage ganz deutlich, meine Damen und Herren, dass es auch für mich erschreckend war, dass die unerträglichen Gewalttaten in der Medienberichterstattung aus meiner Sicht viel zu wenig thematisiert wurden und dass ich die eine oder andere Sendung auch im Fernsehen erleben musste, wo von der vermeintlichen Geschicklichkeit oder raffinierten Taktik derjenigen berichtet wurde, die Bahndämme beschädigten und Polizisten verletzen wollten. Meine Damen und Herren, wenn ich daran denke, dass wir am kommenden Samstag wieder mit einer schlimmen Demo von Neonazis in München zu rechnen haben, dann sage ich schon: Wenn sich die Neonazis am kommenden Samstag der gleichen Mittel bedienen würden, was keiner von uns hoffen will, dann wären die GRÜNEN die Ersten, die zu Recht von einer unerträglichen Gewalteskalation in unserem Land reden würden. Ich werfe Ihnen vor, dass Sie bei solchen Dingen mit zweierlei Maß messen, weil Sie immer mehr - Frau Tausendfreund, das ist in Ihrer Wortmeldung deutlich geworden - in diese Richtung gehen: Der Zweck heiligt die Mittel.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Ihnen das Ziel dieser Leute sympathisch ist, dann sind Sie unterwegs, derartige Gewalt letztlich zu rechtfertigen. So kann es nicht gehen.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Ich bin dem Kollegen Schindler dankbar, dass er sich unmissverständlich geäußert hat. Für Gewalt gibt es keinerlei Rechtfertigung in unserem Land, egal welches politische Ziel verfolgt wird.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Minister?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Ja bitte.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, mich interessiert, wo bei Ihnen Gewalt eigentlich losgeht. Sie sprechen gerade von einer großen Demo und werfen alles auf einen Haufen. Ich war selbst vier Tage im Wendland.

(Zurufe von der CSU: Oho!)

Ich saß auf der Straße, ich saß auf der Schiene. Ich habe von diesen Gewaltexzessen, von denen Sie da sprechen, so gut wie gar nichts mitbekommen. Die Polizei hat dermaßen besonnen reagiert, so besonnen wie noch nie bei solchen Demos; das muss man einmal ganz offen sagen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Entschuldigen Sie: Ist das eine Frage?

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ich möchte von Ihnen wissen - das ist die Frage -: Wo geht Gewalt los? Ist Gewalt bereits eine friedliche Sitzblockade auf der Schiene, wo Menschen von ca. 12 bis 70 Jahren quer durch alle Schichten auf der Schiene friedlich sitzen und sich widerstandslos wegtragen lassen, oder ist für Sie Gewalt eine unangemeldete Demo? Ist das für Sie Gewalt? Was ist für Sie Gewalt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass dieser Angriff auf ein Polizeifahrzeug nicht zu rechtfertigen ist, da sind wir uns doch alle einig hier im Haus. Das ist doch selbstverständlich. Die Anwendung von Leuchtmunition gegen Polizeieinsätze ist zu verurteilen. Das ist doch selbstverständ-

lich, das verteidigt doch kein Mensch hier in diesem Haus. Ist doch selbstverständlich!
Wo geht für Sie Gewalt los bei einer Demo? Das möchte ich wissen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Wenn Sie beispielsweise Leuchtmunition in Richtung auf Polizeibeamte abfeuern, dann ist eben die Gefahr der Körperverletzung massiv. Das geschieht nicht nur rein zufällig. Dann ist das eben schon der Beginn von Gewaltanwendung, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Da gibt es für mich überhaupt keinen Zweifel.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Wenn Sie von Sitzblockaden sprechen, kann ich Ihnen nur sagen: Die sind nicht immer gerechtfertigt, die sind nicht immer gedeckt vom Demonstrationsrecht. Natürlich ist Versammlungsfreiheit gewährleistet, aber wenn dann in den letzten Tagen thematisiert worden ist, wie hoch die Kosten dieses Einsatzes sind, sage ich: Ja, natürlich sind dann am Schluss 19.000 Beamte im Einsatz gewesen, um in der Tat mit einem aus der Polizeisicht möglichst geringen Maß an Gewalteinwirkung doch durchzusetzen, dass dieser Rechtsstaat seine Geltung behält.

19.000 Polizeibeamte waren notwendig, um zum Beispiel dann all diese Sitzblockierer insbesondere von den Schienen und der Straße zu tragen. Aber die Blockaden waren illegal. Es ist in unserem Land nicht ohne Weiteres erlaubt, sich mitten auf eine befahrbare Bahnstrecke zu setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Entschuldigung, da könnten allein zehn Leute aus diesem Haus den gesamten Nahverkehr im Großraum München lahmlegen. Das ist nicht erlaubt, das ist weder legal noch legitim, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Sie versuchen letztendlich, diese Rechtsmaßstäbe zu verrücken, und da werden wir nicht mitmachen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wer Gewalt, insbesondere auch gegen Polizeibeamte, ausübt, ist wohlgemerkt kein Vorbild für demokratischen Widerstand. Das ist schlichtweg kriminell, und dabei können noch so hehre Ziele verfolgt werden. Darüber darf es letztendlich in der Demokratie keinen ernsthaften Streit oder Diskussionen geben. Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung muss von allen politischen und gesellschaftlichen Kräften geächtet sein, und hier darf es auch keine Verharmlosung oder Bagatellisierung geben und erst recht keine falschen Rechtfertigungsversuche.

Wer dies infrage stellt, meine Damen und Herren, rüttelt an den Grundfesten unseres demokratischen Rechtsstaates. Es ist eine jahrhundertelange Entwicklung, eine großartige Errungenschaft des modernen demokratischen Rechtsstaates, dass es das Gewaltmonopol des Staates gibt, dass es eine effektive Justiz gibt und dass es für jeden Bürger in diesem Staat die Möglichkeit gibt, sich dort sein Recht zu suchen. Aber keiner hat das Recht, sozusagen mit seinem persönlichen Faustrecht das durchzusetzen, was er für richtig hält.

Wenn wir das infrage stellen lassen, dann wäre wirklich letztendlich die Axt an die Wurzeln dieser Demokratie und dieses Rechtsstaates gelegt. Darum geht es, egal, welche politischen Ziele jeweils verfolgt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Dass sich Gewalttäter nicht durchsetzen konnten, dafür hat in der Tat unsere Polizei gesorgt. Deshalb ist es richtig, an dieser Stelle noch einmal allen eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten für ihren Einsatz ausdrücklich zu danken. In der Schlussphase waren 19.000 Polizeibeamte aus ganz Deutschland im Einsatz, und es war insgesamt - ich freue mich, dass wir uns hier weitgehend wenigstens in dieser Einschätzung einig sind - ein kluger, ein planvoller, ein maßvoller Einsatz, der zum Erfolg geführt hat. Ich danke allen dort eingesetzten Polizeibeamten ganz herzlich für diese großartige Arbeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich wünsche allen verletzten Polizeibeamtinnen und -beamten baldige Genesung. Ich freue mich, dass unsere bayerischen Beamten, die dort im Einsatz waren, inzwischen alle wieder wohlbehalten zurück sind und wir in Bayern jedenfalls nur vier oder fünf leichte Verletzungen zu beklagen haben.

Die extrem langen Einsatzzeiten haben die eingesetzten Kräfte in der Tat teilweise an den Rand der Belastungsfähigkeit gebracht. Für das gezeigte außergewöhnliche Engagement und als Anerkennung für die professionelle Einsatzbewältigung habe ich veranlasst, dass allen dort eingesetzten Polizeibeamten aus Bayern zwei Tage Extra-Dienstbefreiung gewährt werden.

(Beifall bei der CSU, der FDP und Abgeordneten der SPD - Georg Schmid (CSU):
Sehr gut!)

Sie werden - das will ich allerdings auch klar sagen - diese Tage wahrscheinlich überwiegend erst in der nächsten Woche genießen können; denn - das will ich an dieser Stelle schon auch noch einmal ansprechen - bereits am kommenden Wochenende steht unserer Polizei in Bayern noch einmal eine große Belastung bevor, wobei ich jetzt schon dankbar bin, dass uns dabei dann wiederum umgekehrt Polizeibeamte aus Hessen, aus Berlin und von der Bundespolizei unterstützen werden. Das ist zum einen der sogenannte Heldengedenkmarsch, den die Neonazis am kommenden Samstag

hier in München veranstalten, der natürlich, um hier jede Gewalt in der Münchner Innenstadt von vornherein auszuschließen, massiv begleitet werden muss.

Dazu kommt eine größere Gewerkschaftsdemo in Nürnberg, die sicherlich als solche völlig gewaltfrei ist, aber die natürlich gegebenenfalls auch gegen Störungen von anderen geschützt werden muss. Und wir haben schließlich am Sonntag dann noch das große Fußballderby des FC Bayern gegen den 1. FC Nürnberg, wo wir auch alles dafür tun wollen, dass nicht ein paar wenige - und da sind wir auch wieder in der Situation - verrückte Fans letztendlich eine ganze Veranstaltung außer Rand und Band bringen können.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Deshalb ist es wichtig, dass wir auch da von vornherein mit genügend Polizeikräften präsent sind.

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit, weil in den letzten zwei, drei Tagen noch einmal die Belastung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betont worden ist, sagen, dass sich das Präsidium der bayerischen Bereitschaftspolizei fortlaufend bemüht, den Einheiten immer mindestens ein dienstfreies Wochenende im Monat zu gewährleisten, möglichst natürlich zwei. Eine Garantie dafür ist in Anbetracht sich immer wieder kurzfristig ergebender Einsatzlagen nicht möglich. Das erleben wir jetzt am kommenden Wochenende.

Entscheidend ist - da bin ich völlig einig mit vielen Forderungen in den letzten Tagen -, dass wir über genügend Polizeikräfte verfügen. Da will ich schon noch einmal deutlich hervorheben, dass sich der Freistaat Bayern mit den Entscheidungen dieser Staatsregierung und dieses Landtages in einer wirklich hervorragenden Ausnahmesituation befindet: Wir sind das einzige Bundesland, das in diesen Jahren - seit dem vergange-

nen Jahr und in den nächsten zwei Jahren - insgesamt über 1.700, 1.800 neue Stellen für unsere Polizei schafft.

(Beifall bei der CSU)

In anderen Ländern wird abgebaut und gespart. Wir sind die einzigen, die Polizei aufbauen. Ich kann nur sagen: Das ist gut, das ist wichtig für die Stärke unserer Polizei und unsere Sicherheit, und ich bedanke mich auch bei der Mehrheit des Hohen Hauses dafür, dass diese Stärkung unserer Polizei im letzten Jahr und in diesem Jahr möglich war und ist.

Die Polizei gewährleistet die Umsetzung demokratisch getroffener Entscheidungen. Sie schützt unseren Rechtsstaat, und es sollte für uns alle das Mindeste sein, dies auch durch Zustimmung zu dem Dringlichkeitsantrag der Mehrheitsfraktionen hier zum Ausdruck zu bringen.

Unsere Polizei, liebe Kolleginnen und Kollegen, garantiert unser aller Sicherheit in Bayern wie in Deutschland, und sie hat deshalb unsere volle Rückendeckung und Unterstützung verdient.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Wir fahren auf der Rednerliste fort. Nächster Redner ist Herr Kollege Pohl für die Freien Wähler. Bitte.

Bernhard Pohl (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst an das anschließen, was der Herr Staatsminister zu den Polizeibeamten gesagt hat, und mich auch ganz herzlich für den Einsatz dieser Menschen bedanken, die hier wiederum unsere Sicherheit garantiert haben.

Das war beileibe kein einfacher Einsatz, und es war nicht so, wie es hier Frau Kollegin Tausendfreund dargestellt hat: dass einige Wenige ausgeschert sind und Gewalttaten begangen haben.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es geht bei dieser Debatte - das möchte ich zu Beginn einmal ganz deutlich sagen - nicht um die Frage, ob und, wenn ja, wann man aus der Atomkraft aussteigen soll oder nicht. Um diese Frage geht es nicht. Es geht darum, inwieweit es ein Recht gibt, seine Meinung friedlich zu sagen, und wo der gewaltsame Widerstand beginnt, der zu verurteilen ist.

Ich muss schon sagen: Bei den Diskussionen der letzten Wochen, aber auch bei den Szenen, die wir gesehen haben, habe ich mich an die 80er-Jahre zurückerinnert gefühlt. Damals wurden Debatten darüber geführt, ob es ein Spannungsfeld zwischen Legalität und Legitimität gibt, ob es einen Widerstand gibt, der zwar nicht legal, aber aufgrund seiner Ziele legitim ist. Da, meine Damen und Herren, müssen wir einen Riegel vorschieben.

Herr Kollege Hartmann, Sie haben die Frage aufgeworfen, wo Gewalt beginnt. Sie haben sich dazu bekannt, mit auf den Schienen gesessen zu sein. Wenn Sie auf den Schienen saßen, haben Sie Grenzbereiche der Nötigung ausgetestet. Zumindest dies ist einmal festzuhalten. Eines ist klar: Wer sich auf Straßen und Schienen setzt, begeht Gewalt.

Die einzige Frage hierzu ist, ob es sich um eine rechtswidrige Gewaltanwendung und damit um Nötigung handelt oder ob man das Ganze mit dem Demonstrationsrecht noch rechtfertigen kann. Wie ich gesagt habe, handelt es sich um einen Grenzbereich. Ich würde als Parlamentarier derartige Grenzbereiche nicht austesten wollen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir dürfen selbstverständlich unseren Respekt vor allen Menschen bekunden, die friedlich für ein Anliegen demonstrieren. Aber wir dürfen die Motive nicht bewerten. Es gibt keine guten und keine bösen Demonstranten. Es gibt keine guten und keine bösen Ziele. Vielmehr schützt das Demonstrationsrecht alle Meinungskundgaben, wenn sie sich friedlich vollziehen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Pohl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hartmann?

Bernhard Pohl (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein. Eine Zwischenbemerkung kann am Schluss gemacht werden.

Wir müssen zwischen friedlich und unfriedlich unterscheiden. Allein dazwischen verläuft die Trennlinie.

Herr Staatsminister Herrmann hat vorhin das Fußballspiel angesprochen, das am Sonntag stattfinden wird. Es kann nicht angehen, dass dann irgendjemand Gewalt anwendet, weil ihm der Schiedsrichter nicht passt. Genauso wenig kann jemand Gewalt anwenden, weil ihm die Politik der Bundesregierung nicht passt. Das nächste Mal wird für irgendein anderes Anliegen demonstriert, das anderen nicht passt. Dann sagt einer der Demonstranten: Na ja, ich war damit nicht einverstanden, und auch der andere war damit nicht einverstanden; der hat Gewalt angewendet; also darf auch ich das tun. - Aber so geht das nicht.

Deswegen spielt es überhaupt keine Rolle, ob hier irgendjemand einen angeblichen oder tatsächlichen Atomkompromiss aufgekündigt hat.

Wir müssen uns auch davor hüten, gewissen Menschen, die ihre Meinung kundtun, eine höhere Legitimation, ein höheres demokratisches Recht zuzuordnen. Natürlich ist es eindrucksvoll, wenn 50.000 oder 100.000 Menschen demonstrieren. Aber 50.000 und 100.000 Menschen sind in Deutschland noch keine Mehrheit. Das bitte ich einmal festzuhalten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Woher wollen denn die Demonstranten wissen, dass die anderen 83 Millionen Menschen mehrheitlich der Meinung der 100.000 sind? Hierüber können wir nichts sagen.

Eine Allensbach-Demokratie, die nach Umfrageergebnissen geht, steht nicht in unserem Grundgesetz. Wir haben eine repräsentative Demokratie. Das ist Fakt, auch wenn wir uns für mehr plebiszitäre Elemente einsetzen. Da wir derzeit eine repräsentative Demokratie haben, können wir nicht sagen, dass es gerechtfertigt sei, einen Protest unfriedlich durchzuführen, wenn den Protestierenden eine politische Einstellung nicht passt.

Der Antrag von CSU und FDP "Ja zur Demokratie, Ja zum Rechtsstaat, Nein zur Gewalt!" ist richtig und angesichts der Vorkommnisse mit dem Schottern von Gleisanlagen durchaus auch angemessen und berechtigt. Herr Kollege Schindler, Sie haben recht, dass man nicht jeden Tag seine Rechtsstaatlichkeit vor sich hertragen muss. Aber der Anlass rechtfertigt diesen Antrag.

Im Übrigen hat auch die SPD einen Dringlichkeitsantrag mit dem Titel "Ja zur Demokratie, Ja zum Rechtsstaat, Nein zur Gewalt!" mit einigen Abweichungen eingebracht. Ich denke, dass man auch diesem Antrag zustimmen kann.

Die Überschrift des Antrags der GRÜNEN "Keine Lobbypolitik auf dem Rücken der Polizei" geht in die falsche Richtung. Sie suggeriert, dass die Gewalt, die zum Polizeieinsatz geführt hat, ursächlich auf die Politik der Bundesregierung zurückzuführen ist. Aber so, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es nicht, dass wir politische Meinungen bewerten und sagen: Wenn es uns nicht passt, dürfen wir Gewalt anwenden; wenn es uns passt, dann machen wir es anders.

Wir müssen uns an formale rechtsstaatliche Regeln halten. Deswegen werden wir dem Antrag von CSU und FDP und dem Antrag der SPD zustimmen. Dem Antrag der GRÜNEN können wir unsere Zustimmung jedoch nicht geben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt erteile ich dem Kollegen Hartmann das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, ich will die Gelegenheit nutzen, ein bisschen zu erklären, wie so etwas abläuft. Sie sprachen von einer Blockade und einen Satz später von Gewalt und von Gratwanderung. Aber große Blockaden laufen in der Regel folgendermaßen ab:

Ein Bahngleis ist für den Schienenverkehr gesperrt. Das ist Fakt. Das Bahngleis wird bewacht. Die Demonstranten begeben sich friedlich und gewaltfrei auf das Gleis. Wenn sie aufgehalten werden, gehen sie nicht weiter. Wenn sie sich auf die Schiene setzen, sind die Polizei und die Einsatzleitung um Welten weiter als die Mehrheit in diesem Haus; das muss ich ganz ehrlich sagen.

Die Einsatzleitung der Polizei sucht schnell das Gespräch mit den Verantwortlichen. Dann wird ein Kompromiss für eine gewaltfreie Lösung gesucht; denn in diesem Fall möchte keiner Gewalt anwenden. In dem Gespräch wird ausgehandelt, zu welcher Uhrzeit die Leute gewaltfrei weggetragen werden und dass deren Personalien nicht aufgenommen werden. So etwas wird mit der Polizei ausgemacht. Damit ist man dort um einiges weiter.

Man muss bedenken, dass wir da in einem gesellschaftlichen Konflikt stehen. Wenn 5.000 Menschen friedlich und gewaltfrei auf der Straße stehen, dann ist das eine große Herausforderung für die Polizei. Da wird dann vor Ort - das muss man sagen - seitens der Polizeibeamten viel sensibler vorgegangen, als wir in diesem Hause diskutieren. Eigentlich wünsche ich mir, dass Sie zu dem Ort der Demonstration fahren und sich die Lage anschauen; Sie müssen ja nicht mitdemonstrieren. Sie werden dann erkennen, wie sensibel die Polizei sich dort verhält.

Bernhard Pohl (FW): Herr Kollege, ich mache dazu drei Bemerkungen.

Erstens. Ich habe wahrlich Besseres zu tun, als vor Ort Anschauungsunterricht zu nehmen.

Zweitens. Ich habe hohen Respekt vor allen Menschen, die für Ihr Anliegen friedlich demonstrieren.

Drittens. Sie haben mir jetzt Nachhilfe im Ablauf derartiger Sitzblockaden gegeben. Jetzt werde ich Ihnen einmal Nachhilfe im Grundkurs Strafrecht geben und sagen, was man uns damals zu den Sitzblockaden beigebracht hat. Unser Professor hat damals gesagt: Wenn Sie sich vor eine Kaserne setzen und damit einem Panzer die Möglichkeit versperren, aus der Kaserne herauszufahren, dann üben Sie Gewalt aus; denn der Panzerfahrer kann ja wohl nicht über Sie hinwegfahren.

Wenn Sie auf einem Gleis sitzen, müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass Gleise nicht dafür gebaut werden, dass Sie dort Ihren Mittagsschlaf halten, sondern dafür, dass darauf Züge fahren.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Es kommt noch eine Zwischenbemerkung. Die wurde aber sehr spät angemeldet. Herr Kollege Arnold zu einer Zwischenbemerkung.

Horst Arnold (SPD): Herr Kollege Pohl, wenn es um den Grundkurs Strafrecht geht, gehe ich davon aus, dass Sie diesen Grundkurs vor dem 10. Januar 1995 absolviert haben. Zu dem Zeitpunkt hat nämlich das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass einfaches Sitzen ohne Gewaltanwendung nicht den Straftatbestand der Nötigung erfüllt. Das hat Ihr Professor damals nicht antizipieren können. Nehmen Sie das zur Kenntnis?

Bernhard Pohl (FW): Herr Kollege Arnold, danke, dass Sie mir die Rechtsprechung des Amtsgerichts Fürth zur Sitzblockade erläutert haben. Ich habe Herrn Kollegen Hartmann, wenn Sie sich an meine Ausführungen erinnern, gesagt, dass er sich im gefährlichen Grenzbereich bewegt hat. Ich habe dem Kollegen Hartmann nicht per se unterstellt, dass er sich einer Nötigung schuldig gemacht hat. Das ist eine Frage des

Einzelfalls. Das kommt darauf an, wie er sich bei der Sitzblockade benommen hat, ob er dem Beamten, der ihn wegtragen wollte, in den Arm gebissen hat oder sonst etwas. Das weiß ich schlichtweg nicht.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Frau Staatsministerin Dr. Merk für die Staatsregierung. Die Staatsregierung kann jederzeit das Wort ergreifen.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich halte Protestaktionen gegen die Castor-Transporte aus Frankreich für falsch, respektiere aber das legitime Recht zu demonstrieren. Dies muss aber mit dem Mittel des zivilen Ungehorsams, das heißt, gewaltfrei, geschehen. - Dieser Satz stammt von Herrn Bundesminister a. D. Jürgen Trittin, zitiert nach einer Agenturmeldung der dpa vom Februar 2001. Es ist der gleiche Jürgen Trittin, der nun Kritik an den Vorgängen des letzten Wochenendes als Diffamierung bezeichnet. Anderswo bei den GRÜNEN verklärt man - wir haben das heute schon mehrfach gehört - diese Proteste zu einer Sternstunde der Demokratie. Herr Schindler, Sie sagen, man brauche keine Glaubensbekenntnisse zum Rechtsstaat abzugeben. Ich meine, dass man das sehr wohl tun muss.

Nach einem solchen Wochenende und nach einem solchen Verhalten gibt es für uns gar keine andere Möglichkeit. Ich weiß nicht, was man sich bei den GRÜNEN unter demokratischem Protest vorstellt. Dazu nur ein paar Daten zum letzten Sonntag. 20 000 Polizeibeamte aus dem gesamten Bundesgebiet müssen nach Gorleben fahren und vier Tage lang den Castor-Transport absichern. 78 Polizistinnen und Polizisten werden durch Demonstranten verletzt. Joachim Herrmann hat sehr deutlich gemacht, was dort passiert ist: Angriffe mit Steinen, Flaschen, mit angespitzten Holzpflocken, Brandsätzen und Ähnlichem.

Das ist doch Gewalt, und dabei sind schwerste Verletzungen in Kauf genommen worden. Frau Tausendschön spricht von einem geringen Anteil an Gewalt.

(Heiterkeit)

- Frau Tausendfreund, das ist ein lieber Freud'scher Versprecher. Aber das, was Sie gesagt haben, verehrte Frau Kollegin, war meines Erachtens ein deutliches Kleinreden von brutalen Dingen, die passiert sind.

Ich freue mich, wenn Sie lachen, aber solche Anschläge auf Leib und Leben von Menschen, die unserem Staat dienen, haben für mich nicht das Geringste mit Demokratie zu tun. Solche Anschläge haben für mich auch gar nichts mit Gewaltfreiheit zu tun. Das hat für mich im Jahr 2001 genauso gegolten wie es für mich heute im Jahr 2010 gilt. Das ist bei den GRÜNEN offenbar anders. Dort kennt man gute und schlechte Castor-Transporte. Sie unterscheiden sich nicht danach, ob Gewalt ausgeübt wird oder nicht, sondern sie unterscheiden sich danach, ob die GRÜNEN gerade an der Regierung sind oder nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb sage ich: Was die GRÜNEN als Sternstunde der Demokratie bezeichnen, ist in Wahrheit eine Sternstunde der Heuchelei und Scheinheiligkeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Um eines klarzustellen: Wir wissen, dass nicht alle Demonstranten dieses Wochenendes Steinewerfer waren. Wir wissen, dass dort viele in ehrlicher Sorge um einen verantwortungsvollen Umgang mit Atommüll unterwegs waren. Viele waren dort, um ihre Meinung zu äußern und auch zu diskutieren und zu protestieren. Das will niemand verhindern. Die Demonstrationenfreiheit ist ein zentrales Grundrecht. Wer in einem demokratischen Staat lebt, für den muss das Demonstrationsrecht eine Selbstverständlichkeit sein. Wer in einem demokratischen Staat Politik macht, der muss mit kritischen Demonstrationen leben. Es steht jedem frei, die Atompolitik des Jahres 2010 abzulehnen und die Atompolitik des Jahres 2001 zu befürworten. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie aber lenken vom Thema ab, und Sie haben verharmlost. Es

geht um etwas anderes, es geht darum, dass Gewalt im Jahre 2010 noch genauso zu verabscheuen ist wie Gewalt im Jahre 2001.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Nein.

Ich frage Sie: Worin soll der Diskussionsbeitrag liegen, wenn jemand einen Stein auf eine zwanzigjährige Polizeibeamtin wirft? Worin soll die Sorge um unsere Energieversorgung zum Ausdruck kommen, wenn jemand Einsatzfahrzeuge in Brand setzt, die noch mit Polizisten besetzt sind?

Worin soll man ein demokratisches Ringen um Einigkeit sehen, wenn jemand Bahn-
gleise unterhöhlt? Zu demonstrieren ist eine Sache, Gewalt auszuüben eine andere.
Wer Polizeibeamte angreift, greift unseren Staat und uns alle an.

(Beifall bei der CSU)

Was noch viel schlimmer ist: Wer Polizeibeamte angreift, der sucht sich das am leichtesten verfügbare Opfer. Dem ist es vollkommen egal, dass die Uniform von einem Menschen getragen wird. Es ist doch der Mensch, der verletzt und mit Schmerzen im Krankenhaus liegt, nicht unser Staat.

Der Antrag der GRÜNEN, die dies kleinreden, bedient negative Gefühle und verdient in keiner Weise unsere Zustimmung. Von den vielen GRÜNEN-Politikern, die am Sonntag vor Ort waren, hätte ich mir gewünscht, dass sie gegen Gewalttäter ihre Stimme erheben, und nicht, dass sie sich mit ihnen solidarisch erklären.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein Wort, gerade als Justizministerin: Ich finde es fatal, wenn gewalttätige Demonstranten meinen, sich auf das Bundesverfassungsgericht berufen zu können. Es ist zwar richtig, Herr Arnold, dass das Bundesverfassungsgericht 1995 eine Sitzblo-

ckade nicht als strafbare Nötigung angesehen hat. Unsere Polizeibeamten tragen buchstäblich schwer an diesem Urteil. Man muss aber sehen: Damals ging es um das völlig passive Verharren an einer Stelle, und es ging um Feinheiten des verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebotes der Strafgesetze. Dass der gezielte Wurf mit Flaschen und Steinen auf Menschen strafbare Gewalt ist, steht außer Frage. Dass auch Sitzblockaden, jedenfalls dann, wenn sich Demonstranten anketten, Gewalt bedeuten, hat das Bundesverfassungsgericht längst festgestellt.

Oft wird derzeit häufig von einem Widerstandsrecht geredet. Ich weiß nicht, was Gewalttäter damit für sich in Anspruch nehmen wollen. Ich kenne das Widerstandsrecht aus Artikel 20 unseres Grundgesetzes. Das existiert nur gegen denjenigen, der die verfassungsmäßige Ordnung beseitigen will. Zu unserer verfassungsmäßigen Ordnung gehört es aber gerade, dass man Entscheidungen, die in einem demokratischen Verfahren durch gewählte Volksvertreter getroffen worden sind, respektiert. Deshalb gibt es kein Widerstandsrecht gegen Castor-Transporte. Auch die Lautstärke des Protestes ist kein Maß für seine demokratische Legitimation.

(Beifall bei der CSU)

Auch außerhalb der Parlamente darf man in unserem Land selbstverständlich seine Meinung vertreten. Man darf dafür auf die Straße gehen. Wer aber nicht zu respektieren bereit ist, was in gewählten Parlamenten beschlossen wird - auch wenn anderes beschlossen wird, als das während der Vorgängerregierung der Fall war -, steht außerhalb der Demokratie. Wer mit Selbstjustiz arbeitet, Steine auf Polizeibeamte wirft, der steht außerhalb unseres Rechts.

(Beifall bei der CSU)

Den am Sonntag verletzten Polizistinnen und Polizisten ist kriminelles Unrecht widerfahren. Ihnen gelten mein tiefstes Mitgefühl und mein tiefster Respekt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies im Bayerischen Landtag nicht von allen geteilt wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Ministerin, bitte bleiben Sie noch kurz. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Scharfenberg von den GRÜNEN.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Justizministerin, könnten Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir als GRÜNE auf dem Boden der Verfassung stehen? Könnten Sie zur Kenntnis nehmen, dass von uns Gewalt in jeder Form abgelehnt wird? Das ist von den GRÜNEN-Politikerinnen und -Politikern am Sonntag vor Ort auch verbalisiert worden. Könnten Sie bitte auch zur Kenntnis nehmen, dass Sitzblockaden keine Gewalt sind? Die neuere Rechtsprechung hat hierzu ein eindeutiges Urteil gefällt.

(Staatsministerin Dr. Beate Merk: Entschuldigung, haben Sie nicht zugehört?)

Deswegen stehen Sie nicht auf dem Boden der Verfassung, wenn Sie so etwas behaupten. Wir sehen das anders, und wir wollen, dass Sie das richtigstellen.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Frau Kollegin, haben Sie nicht zugehört? Ich bin sehr deutlich auf die Rechtsprechung von 1995 und auf die Rechtsprechung zu Sitzblockaden eingegangen. Ich habe nicht daran gezweifelt, dass Sie bestimmte Dinge als Gewalt bezeichnen. Ich habe ganz klar gesagt, dass Sie gewalttätiges Verhalten kleingeredet haben. Das Verletzen von 78 Polizistinnen und Polizisten ist ein massives Vorgehen und nicht irgendein geringer Anteil. Ich habe Sie wörtlich zitiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dafür werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/6258 - das ist der interfraktionelle Antrag der Fraktionen der CSU und der FDP - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der

CSU, der FDP der Freien Wähler und Frau Dr. Pauli. Gegenstimmen? - Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Enthaltungen? - Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 16/6271 die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Oppositionsfraktionen und Frau Dr. Pauli. Gegenstimmen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 16/6272 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler und Frau Dr. Pauli. Enthaltungen? - Gibt es nicht. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Geschäftsleitend möchte ich darauf hinweisen, dass Sie für die letzten beiden Tagesordnungspunkte sehr viel Redezeit gewonnen haben. Abstimmungen können jedoch nur bis 18.00 Uhr durchgeführt werden. Sie können sich bei den nächsten beiden Tagesordnungspunkten auf zwei einstündige Debatten und eine Abstimmung oder zwei halbstündige Debatten einrichten. Ich überlasse es den Rednern, weise über die Redezeit zu entscheiden.